



CDU

„Der Osten ist nicht rechtsradikal“

Beim Festakt der CDU zur deutschen Einheit, versuchte Christian Hirte zu erklären, warum die Menschen in Ostdeutschland so ticken, wie sie eben ticken. Viele fühlten sich zurückgesetzt, so der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium vor rund 150 Zuhörern.

VON THOMAS FAULHABER

„Die Ostdeutschen sind kein Volk von Rechtsradikalen“, betonte der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Hirte. Die Mehrheit lehne Extremismus ab. Aber diese Mehrheit erzeuge keine mediale Aufmerksamkeit. Probleme machten Schlagzeilen. Kurz: Ostdeutschland habe ein Imageproblem, das es zu beheben gelte. „Wir müssen das Verbindende zwischen Ost und West stärker betonen, nicht das Trennende“, forderte er dazu auf, ein positives Bild Ostdeutschlands zu zeichnen.

Die neuen Länder seien ein wunderbares Fleckchen Erde, deren Bewohner eigentlich stolz sein müssten. Auf das Erreichte, auf seine Geschichte, auf die kulturellen Errungenschaften, auf die friedliche Revolution, die ein Unrechtsregime weggefegt habe. Aber den Bürgern mangle es an Selbstvertrauen. „Mehr täte uns gut“, so der Jurist, der seit zehn Jahren im Bundestag sitzt und seit März parlamentarischer Staatssekretär ist.

Arbeitsbiografien zerstört

Trotz bester Ausgangslage gebe es Gruppen, die sich zurückgesetzt fühlen, analysiert der 42-jährige Thüringer. Durch den Zusammenbruch der DDR seien Arbeitsbiografien zerstört worden, mit der Folge geringerer Rentenansprüche. Westdeutsche Glücksritter in der Wendephase hätten außerdem nicht gerade zur Verbesserung innerdeutscher Beziehungen beigetragen. Das prägte die Menschen bis heute.

Immer noch gebe es für gleiche Arbeit geringere Gehälter, forderte Hirte keine Gleichmacherei, aber wenigstens gleich-



Die Vertreter der CDU mit den Geehrten (von links): Konrad Epple, Heinz Griesinger, Christian Hirte, Monika De Coninck, Steffen Bilger, Margrit Kleinknecht, Eberhard Gienger, Michael Schreiber, Manfred Hollenbach und Fabian Gramling. Foto: Andreas Essig

AUSZEICHNUNG

Griesinger-Preis geht nach Löchgau und Erdmannhausen

Beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit verleiht die CDU seit 2014 den Annermarie-Griesinger-Preis. Die Preisträger in diesem Jahr waren: der Arbeitskreis Soziales und Asyl in Löchgau. Der wurde im Mai 2015 von der CDU-Gemeinderätin **Monika De Coninck** gegründet. Mittlerweile helfen über 15 engagierte Bürger bei der Integration der etwa 110 in der Gemeinde lebenden Flüchtlinge mit. Eine Besonderheit sei, dass er sich bereits vor der großen Flüchtlingswelle im Mai 2015 konstituiert habe, hieß es in der Begründung. Neben der Unterstützung der Ankommenden sei von Anfang an auch die Akzeptanz der Einheimischen das

Ziel. Außerdem würden auch andere bedürftige Menschen unterstützt. **Margrit Kleinknecht** ist für ihr soziales Engagement in Erdmannhausen bekannt. Zu ihren sechs leiblichen Kindern hat sie zwei Pflegekinder aufgenommen und groß gezogen. Seit vielen Jahren setzt sie sich breit gefächert in der evangelischen Kirche ein. Beim Freundeskreis Stetten ist sie seit 30 Jahren Mitglied und leitet diesen seit einigen Jahren. Zu all dem kümmert sich Frau Kleinknecht nun auch noch um eine behinderte Frau aus dem Kleeblattpflegeheim. „Sie setzt sich stillschweigend ihr Leben lang für andere Menschen ein“, hieß es in der Laudatio. (tf)

wertige Verhältnisse. Schließlich seien die Lebenshaltungskosten dort ganz andere als im Großraum Stuttgart. Und die Infrastruktur im ländlichen Raum wurde weggebrochen. Das würden viele nicht verstehen. „Wir haben verlernt, die Sprache der Wähler zu sprechen“, meinte der Abgeord-

nete. Deshalb seien einfache Parolen mit vermeintlich simplen Lösungen für komplexe Themen gerade so populär.

Noch eins: Über die Ostdeutschen sei beinahe durchgehend vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung bestimmt worden. Ihnen sei gesagt worden, was wann wie zu

laufen habe, selbst in privatesten Angelegenheiten. Das habe zweierlei Effekte. Zum einen eine hohe Erwartungshaltung an den Staat als Problemlöser und Wegweiser, zum anderen ein sehr skeptisches Verhältnis gegenüber Institutionen und den Medien jeglicher Art. Das sei „schizophren“. Bis heute fehle so das Verständnis, dass Deutschland weltweit die beste Demokratie habe, die man sich vorstellen könne. Die Dynamik der Weltpolitik mit seinen Hauptakteuren verunsichere zudem.

Die bundesdeutsche Politik sei gefordert, gesellschaftliche Strömungen rechtzeitig zu erkennen. „Wir müssen Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen.“ Sie fühlten sich unverstanden und hätten keine Identifikationsfläche im Bundestag gefunden. Das sei der Grund für den Aufstieg der Rechtspopulisten, die mittlerweile offen mit Rechtsextremisten Hand in Hand gingen. „Das überschreitet eine Grenze.“

Es sei Aufgabe, die Gesellschaft vor Spaltung zu bewahren und zusammen zu halten. Wer besser könne diese Verantwortung übernehmen als die CDU? „Es geht um das Wohl dieses Landes.“